



Informationen für Vertreter und Vertreterinnen von Kommunen

In jeder Kommune gibt es Hilfe- und Unterstützungsangebote für belastete Familien und deren Kinder. Doch diese Angebote erreichen häufig nicht alle Familien in gleicher Weise. Familien, die die Hilfen am nötigsten bräuchten, nehmen sie oftmals am wenigsten in Anspruch. Der Zugang für betroffene Familien zum professionellen Hilfesystem ist aus unterschiedlichen Gründen oftmals erschwert. Für Eltern mit einer psychischen Erkrankung und/oder Suchterkrankung gilt dies besonders.

Doch woran liegt das? Hierfür gibt es vielfältige Gründe.

Aufseiten der Eltern gibt es beispielsweise noch immer häufig Vorbehalte gegenüber den Leistungserbringern. So fällt es immer noch vielen Eltern mit psychischen Beeinträchtigungen schwer, Hilfen vom Jugendamt in Anspruch zu nehmen. Sie sorgen sich, dass ihre Erziehungsfähigkeit aufgrund ihrer Erkrankung infrage gestellt wird und ihnen die Kinder weggenommen werden könnten. Auch Scham- oder Schuldgefühle können häufig eine Teilnahme an professionellen Unterstützungsangeboten verhindern. Manche betroffenen Eltern sind sich ihrer Erkrankung aber auch gar nicht bewusst, bagatellisieren ihre Symptome und die damit verbundenen Auswirkungen auf ihre Kinder. Wohingegen bei krankheitseinsichtigen Eltern Hilfe nicht in Anspruch genommen wird und so etwa notwendige Klinikaufenthalte verschoben werden, weil währenddessen die Versorgung der Kinder nicht gewährleistet ist.

Aufseiten der Leistungserbringer erschweren zum Teil die unterschiedlichen Aufträge und Ansprüche an die Kinder- und Jugendhilfe und an das Gesundheitswesen eine konstruktive Zusammenarbeit und hemmen oftmals die Abstimmung und das Ineinandergreifen von Angeboten. Es kommt zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen und Trägern immer wieder zu Reibungsverlusten, die dazu führen können, dass Familien die benötigte Unterstützung nicht in ausreichender Form oder schlimmstenfalls gar nicht bekommen.

Was können Sie dagegen tun?

Es ist eine komplexe Aufgabe, Kinder mit psychisch erkrankten und/oder suchterkrankten Eltern zu unterstützen. Psychische Erkrankungen und Suchterkrankungen sind in ihren Ausprägungen sehr individuell, und damit sind auch die Auswirkungen auf das Familiensystem und jedes einzelne Familienmitglied unterschiedlich. Wichtige Fragen bei der Planung der Hilfen für betroffene Familien sind: Hat die Familie ein unterstützendes soziales Netz? Wie alt sind die Kinder? Wie lautet die Diagnose? Gab es schon Klinikaufenthalte? Wird in der Familie über die Erkrankung gesprochen? All das sind Faktoren, die sich auf die Krankheitsbewältigung und den Hilfebedarf der Familienmitglieder auswirken. Aus diesem Grund kommt der interdisziplinären Netzwerkarbeit der Fachkräfte – vorrangig aus der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen – innerhalb einer Kommune große Bedeutung zu. Ein umgreifendes, abgestimmtes Unterstützungssystem bildet die Grundlage für eine bedarfsorientierte und nachhaltige Hilfe für die betroffenen Familien und ihre Kinder.

Jede Kommune ist besonders. In jeder Kommune haben sich Netzwerke, Schwerpunkte in der Sozialplanung und Kooperationen aus den spezifischen Problemlagen heraus unterschiedlich entwickelt. Um den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Leistungserbringern innerhalb einer Kommune weiterzuentwickeln und in eine individuelle kommunale Gesamtstrategie eines Hilfenetzwerks für betroffene Familien einzupassen, ist eine Istanalyse des Status quo hilfreich.

Es geht also darum, Netzwerke zu stärken und aufeinander abzustimmen. Deshalb wurde auch – um kostenintensive und wenig effektive Parallelstrukturen zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Gesundheitswesen zu vermeiden – von einer von der Bundesregierung eingesetzten Expertenarbeitsgruppe empfohlen, künftig den Aufbau interdisziplinärer Hilfenetze in den Kommunen zu fördern.

Fassen Sie einen Beschluss!

Setzen Sie das Thema auf die politische Agenda in allen relevanten Ausschüssen Ihrer Kommune. Familien mit einem Elternteil mit einer psychischen Erkrankung und/oder einer Suchterkrankung brauchen diese Unterstützung und können von kommunal koordinierter Hilfe ganz besonders profitieren.

Das Netzwerk der Frühen Hilfen

Ein guter Ausgangspunkt für die Weiterentwicklung eines Netzwerks für Kinder mit psychisch erkrankten und/oder suchterkrankten Eltern sind die Netzwerke Frühe Hilfen, die in ganz Deutschland etabliert sind. Sie richten sich mit ihren Angeboten bereits an Schwangere und Eltern mit Kindern bis zu 3 Jahren und nehmen die wichtigen ersten drei Lebensjahre eines Kindes in den Blick. Die Zugänge zu den Unterstützungsangeboten und Hilfeleistungen der Frühen Hilfen sind niederschwellig und nicht stigmatisierend, was besonders für Familien mit psychisch erkrankten und/oder suchterkrankten Eltern von Bedeutung ist. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Frühen Hilfen sind erfahren in bereichsübergreifender Kooperation insbesondere zwischen der Kinder- und Jugendhilfe und dem Gesundheitswesen. Hier gilt es, im Netzwerk der Frühen Hilfen auf kommunaler Ebene zu überprüfen, wie die Zusammenarbeit mit der psychiatrischen Versorgung organisiert ist.

Unterstützung durch den Pakt ÖGD

Vier Milliarden Euro stellt der Bund im Zuge der SARS-CoV-2-Pandemie bis 2026 zur Verfügung, um den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGD) zu stärken. Die gesamten Strukturen in den Gesundheitsämtern werden verbessert, nicht nur in Bezug auf den Infektionsschutz. Hierzu werden 5.000 neue Stellen geschaffen. Dadurch ergeben sich Chancen und Möglichkeiten, neue Konzepte zu entwickeln und die kommunalen Strukturen in der Gesundheitsförderung und Prävention zu verbessern. Mit neuen Denkanstößen könnte hier eine familienzentrierte Sichtweise in den Stadt- und Kommunalverwaltungen und besonders in den Gesundheitsämtern etabliert, gestärkt und nachhaltig gefördert werden. Das hätte besonders unterstützende Auswirkungen auf Familien mit psychisch erkrankten und/oder suchterkrankten Eltern, denn den Fachkräften aus dem Gesundheitswesen wird grundsätzlich viel Vertrauen entgegengebracht. Diese hätten dann die Möglichkeit, Brücken in die Kinder- und Jugendhilfe zu bauen und so eine koordinierte, übergreifende und effiziente Hilfeleistung anzustoßen.

Die Finanzlage vieler Kommunen ist schwierig. Umso wichtiger ist es, die begrenzten Mittel effizient zu nutzen. Welche Hilfeangebote für belastete Familien existieren in der Kommune? Wie können diese Angebote auf kommunaler Ebene sinnvoll miteinander verbunden werden, sodass Parallelstrukturen vermieden und gleichzeitig Kooperationen gestärkt werden? Angestrebt werden soll eine verzahnte, Synergien nutzende Zusammenarbeit der verschiedenen Systeme, die das gesunde Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zum Ziel hat. Die Corona-Pandemie hat in vielen Bereichen der Politik sichtbar gemacht, wo Lücken in den notwendigen Hilfeangeboten bestehen. Auch hier zeigt sich, dass besonders belastete Familien von den negativen Auswirkungen stärker getroffen sind. Eine strategische Ausrichtung, um Lücken in der kommunalen Versorgung zu schließen, braucht politische Legitimation.